

Sekretariat des Bundes für Menschheitsinteressen  
BERN, Erlachstrasse, 23  
(Schweiz. Postscheckkonto Bern III 496.)  
Jährlich etwa 40 Nummern (deutsche  
& franz. Ausgabe) für Fr. 4 1/2 Schweiz;  
Fr. 6 in den anderen Ländern.  
Für 3 Fr. mehr (zusammen 7 Fr. in  
der Schweiz, 11 Fr. in den andern Län-  
dern) wird auch die jeden Samstag er-  
scheinende *Versöhnung* geliefert.

# Die Menschheit

Organ des «Bundes für Menschheitsinteressen und Organisation menschlichen Fortschritts»

Alle Buchhandlungen, Postanstalten, so-  
wie das Sekretariat nehmen Bestellungen  
entgegen. Einzelnummern 10 cts. = 10 Pf.

Der Jahresbeitrag zum Bund für  
Menschheitsinteressen bleibt der Selbst-  
einschätzung der Mitglieder überlassen.  
Schweizer-Postscheckkonto Bern III  
496.

**Schweizer Komitee des Bundes:** Dr. August FOREL, alt Professor an der Univer-  
sität Zürich; Regierungspräsident Dr. TSCHUMI, Bern; Nationalrat A. LOCHER, Bern;  
Regierungsrat Dr. MOSER, Bern; Nationalrat G. MÜLLER, Finanzdirektor der Stadt  
Bern; A. SESSLER, alt Gerichtspräsident, Bern; Prof. Dr. R. BRODA, Zürich; Dr. A. DE  
QUERVAIN, Prof. a. d. Univ. Zürich; Dr. A. SUTER, eh. Präs. d. Gemeinderats, Lausanne;  
O. VOLKART, Präs. d. Ordens für Ethik u. Kultur; Dr. BUCHER, Präs. d. Schweizer Friedens-  
gesellschaft; Director TOBLER, Bern; Dr. Julian REICHENBERG, Bern; F. RUEDI, a. Gross-  
rat, Lausanne; Frau WALDHARDT-BERTSCH, Bern; Frau VUADENS-CALMUS, Vevey;  
Dr. F. UHLMANN, Basel; H. HODLER, Genf; WENGER, a. Kantonsrat, Zürich, u. a. m.  
**Präsident des Bundes:** Prof. Dr. R. BRODA, Herausgeber der «Dokumente des Fort-  
schritts», Zürich.

**Internationaler Ehrenausschuss:** Geheimrat Prof. Dr. W. FORSTER, Berlin; Ed.  
BERNSTEIN, Mitgl. des deutschen Reichstags, Berlin; Graf ARCO, 1. Vors. der Ortsgr.  
Berlin des Deutschen Monistenbundes; Stadtpfarrer UMFRIED, 2. Vors. d. Deutschen  
Friedensges., Stuttgart; Senatspräsident Dr. ELSNER, Wien; Dr. Karl GRÜN-  
BERG, Prof. an d. Univ. Wien; Prälat Dr. GIESSWEIN, Mitgl. des ungar. Reichstags,  
Budapest; Dr. v. URSIN, eh. Vicepräs. d. finnischen Landtags; Jean LONGUET, Mitgl.  
d. französischen Parlaments; L. LE FOYER, eh. Deputierter, Paris; Ramsay MACDONALD,  
Mitgl. des engl. Parlaments; Sir Robert STOUR, eh. Ministerpräsident von Neuseeland;  
Lino FERRIANI, eh. Generalprocurator, Como, u. a. m.  
**Alle Zuschriften für die Schriftleitung der „Menschheit“ wolle man an Herrn**  
Fr. RUEDI, Mitglied des Komitees, Lausanne, 3, Jumelles, richten.

«Wir suchen zum Gewissen eines jeden Volkes in seiner eigenen Sprache zu sprechen. Wer sich von unserer Unparteilichkeit überzeugen will, wolle die anderen Organe unseres Bundes einsehen.»

## Inhalt der 114. Nummer:

Prof. Dr. R. BRODA, Zürich: Die «rote» und die  
«schwarze» Internationale.  
Baron WRANGEL, Ascona: Friedenschwemmungen.  
Otto VOLKART, Zürich: Zum Ziel. — Die Schande.  
— Wie lange noch? — Versöhnung.  
H. HODLER, Genève: Propos de guerre.  
Dr. A. FOREL, Yverne: L'organisation de la liberté.

## Die „rote“ und die „schwarze“ Internationale

Zürich, am 20. August 1917.

Zu Beginn des Weltkrieges schienen auch die  
aus Tradition oder Prinzip internationalen Bestre-  
bungen in der Hochflut der nationalen Leiden-  
schaft unterzugehen. Die Arbeiterschaft der einzel-  
nen Länder verband sich mit den herrschenden  
Klassen zum gemeinsamen Kampf gegen den äus-  
sern Feind, die Priester der christlichen Friedens-  
religion predigten *zusammen im stillen Kampf*,  
ja, da und dort zeigten sich sogar Entwicklungsaus-  
sätze zur Wiedergeburt von Nationalreligionen  
und Nationalgöttern.

Die Unfruchtbarkeit des Ringens jedoch und die  
Enttäuschung ob der Nichterfüllung so vieler Hoff-  
nungen und Illusionen hat allmählich etwas Be-  
sinnung in die Gemüter zurückgeführt und es kann  
nicht verwundern, dass der Nationalismus zuerst  
in jenen Schichten zurückebte, in denen von früher  
her eine Disposition für internationale Stimmungen  
zurückgeblieben war. Einzelne besonders radikale  
Richtungen der Arbeiterbewegung haben sich schon  
vor 2 Jahren in Zimmerwald und Kiental zu neuer  
internationaler Beratung zusammengefunden. Auch  
von Besprechungen von Katholiken verschiedener  
Länder, zunächst in bescheidenem Kreise, wurde  
seit längerer Zeit berichtet.

Mit Beginn dieses Sommers ist das Wiederauf-  
leben der «roten» und der «schwarzen» Interna-  
tionale in umfassende Erscheinung getreten. In  
Stockholm fanden Besprechungen eines holländisch-  
skandinavischen Komitees mit den Delegierten  
verschiedener sozialistischer Parteien statt und  
schriftliche Darlegungen langten auch von Seite  
des sozialistischen Parteien Frankreichs und Eng-  
lands, bei denen zunächst der Widerstand gegen  
die Entsendung von persönlichen Delegierten über-  
mächtig war, ein. Seit der russische Arbeiter- und  
Soldatenrat eine neuerliche Initiative für eine Kon-  
ferenz in Stockholm ergriffen hat, haben sich auch  
die französische sozialistische Partei und die eng-  
lische Arbeiterpartei mit grosser Mehrheit  
entschlossen, Delegierte zu entsenden. Allerdings  
wurden die Pässe seitens ihrer beiden Regierungen  
verweigert.

Ist aber dadurch die ganze Bewegung zunichte  
gemacht worden? Es müsste schlimm um die Ener-  
gie des französischen und englischen Proletariats  
stehen, wenn dem so wäre. Die Regierungen haben  
ja nur eine rein äusserliche, gewissermassen  
*verkehrstechnische* Möglichkeit hindernden Ein-  
greifens in internationale Beratungen. Sie können

die körperliche Fahrt von Delegierten über die  
Grenze verunmöglichen, nicht aber einen *Austausch*  
von Meinungen zwischen den Arbeiterparteien der  
verschiedenen Länder. Zunächst steht für denselben  
der *schriftliche* Weg offen. Man hat es bis jetzt  
nicht gewagt, ihm gegenüber die Zensur spielen  
zu lassen. Das Memorandum der französischen  
sozialistischen Partei z.B. ist anstandslos nach  
Stockholm gelangt und auch in der ausländischen  
Presse veröffentlicht worden. Auch an französischen  
und englischen Sozialisten im Ausland ermangelt  
es nicht, die ausserhalb der von den Regierungen  
gezogenen Passschranken leben und darum ohne  
Weiteres nach Stockholm gehen könnten. Es würde  
genügen, ihnen ein *offizielles Mandat* zu geben.

Freilich wäre damit nicht die Möglichkeit des  
Meinungsaustausches zwischen wirklich leitenden  
Persönlichkeiten gegeben, das Erwachen einer  
*Einigungsstimmung* aus den Beratungen heraus  
erschwert. Solche Delegierte II. Ranges würden  
kaum aus eigenen Stücken einem Kompromissvor-  
schlag zustimmen können; sie müssten im Sinne  
eines Imperativmandats handeln oder in jedem  
schwierigen Falle neue Instruktionen einholen, was  
angesichts der Zensurschwierigkeiten nicht leicht  
wäre. Immerhin sind das praktische Fusseisen, über  
die man bei gutem Willen wohl hinweg kommen  
könnte. Das Wesentliche wäre eben doch, dass die  
sozialistischen Parteien jeder Regierung *ihre Ge-  
folgschaft verweigern*, die sich in offenbaren Ge-  
gensatz zu einem vernünftigen Friedenskompromiss  
stellt; an solcher politischer Opposition können die  
sozialistischen Parteien naturgemäss durch keine  
Regierungswillkür gehindert werden. Es steht in  
ihrer Hand, die Mitglieder ihrer Partei, welche  
Ministerposten in den Kabinetten der nationalen  
Verteidigung einnehmen, *abzuberufen*, die *Kriegs-  
kredite zu verweigern*, die *freie Tribüne der Parla-  
mente zur kritischen Beleuchtung des weitem un-  
fruchtbaren Gemetzels zu benutzen*. Das Erwachen  
einer kriegsfeindlichen Stimmung in den Arbeiter-  
massen kann für die Regierungen auch der West-  
mächte keineswegs gleichgültig sein, denn es mind-  
ert die Durchhaltefähigkeit ihrer Völker  
und stellt sie gegenüber dem russischen  
Bundesgenossen bloß. Die Arbeiterpartei auch  
der Westmächte hat es darum sehr wohl in  
der Hand, ihre Wünsche für einen *baldigen Rechts-  
frieden* und für *Wiederaufnahme internationaler  
Verständigung* in scharfer Weise zu betätigen. Mag  
sein, dass *heute* noch in ihren eigenen Reihen die  
psychologischen Widerstände zu gross sind, aber  
*nach einem weitem Jahre sinnlosen und ergeb-  
nislosen Blutvergiessens* wird die revolutionäre  
Stimmung der Arbeitermassen sie zu einem  
*entschiedenen Handeln* drängen. Eine Entwicklung,  
hat jedesfalls eingesetzt, deren *weitere* Phasen wich-  
tige Möglichkeiten für die Beendigung des Krieges  
eröffnen.

Sehr wertvoll gerade auch für die Chancen der  
internationalen sozialistischen Bewegung ist das  
entschiedene Eingreifen des Papstes in der gleichen  
Richtung. Gerade die katholisch-konservativen  
Parteien in Frankreich z.B. sind vor dem Kriege und

während desselben vielfach Hauptstützen des ex-  
tremen Nationalismus gewesen, trotz der interna-  
tionalen Tradition der Kirche. Die freimütige In-  
tervention des Papstes bringt diese Parteien in  
eine schwierige Lage und fürderhin wird es ihnen  
nicht leicht werden, sich der internationalen Strö-  
mung mit gleicher Leidenschaft entgegenzuwerfen.  
Dass sie den ausgezeichneten Darlegungen des  
Papstes völlig folgen werden, ist freilich nicht  
anzunehmen. Das Oberhaupt der katholischen Kir-  
che hat sich in der Tat in bedingungsloser Weise  
auf den pazifistischen Standpunkt gestellt. Der  
Papst legt dar, dass die «materielle Gewalt der  
*Waffen*» durch die moralische Kraft des «*Rechts*»  
ersetzt werden müsse, dass eine «gleichzeitige und  
gegenseitige *Abrüstung*» vor sich gehen solle. Er  
verlangt nicht nur eine *schiedsgerichtliche Einrich-  
tung*, sondern auch gemeinsames Vorgehen mit *in-  
ternationalen Machtmitteln* gegen den Staat, der  
sich weigern würde, eine Streitfrage dem  
Schiedsgerichte vorzutragen oder dessen Beschlüsse  
anzunehmen. Die Gedankengänge des *entschiede-  
nen* Pazifismus haben damit beim Haupte einer der  
grössten Religionen der Erde einen *vorbekanntlichen*  
Anschluss gefunden.

Was seine Vorschläge für den *Ausgleich der  
konkreten Streitigkeiten* anlangt, so stehen sie  
unsern eigenen Gesichtspunkten nahe. Der Papst  
verlangt die Räumung von Belgien und Nordfrank-  
reich durch die Deutschen, die Rückgabe der  
deutschen Kolonien und deutet in vorsichtiger aber  
hinreichend klarer Weise an, dass die Frage des  
Elsass und der italienischen Gebiete Oesterreichs  
in *versöhnlicher*, den *Aspirationen der Völker*  
Rechnung tragender Weise gelöst werden solle. Die  
letzte Redewendung deutet auf ein *Plebiscit* hin  
und es ist bereits an sich ein gewaltiger, nicht hoch  
genug einzuschätzender *Erfolg der demokratischen  
Prinzipien*, dass die seit weit mehr als einem  
Jahrtausend auf den *Autoritätsgedanken* festgelegte  
Kirche sich nun den Gedanken der *Freiheit und  
Selbstbestimmung der Völker* zu eigen macht.

Die Redewendung von den versöhnlichen Ab-  
sichten deutet wohl auf die Möglichkeit *wechselseitiger  
Zugeständnisse* hin und in der Tat liegt  
es ja nahe, Deutschland durch Teile des franzö-  
sischen Kolonialbesitzes für den eventuellen Verlust  
jener Teile von Elsass-Lothringen, deren Bevölke-  
rung die Wiederangliederung an Frankreich vor-  
ziehen sollte, zu entschädigen. Ebenso dürfte es  
nicht unmöglich sein, Oesterreich speziell für die  
Abtretung des Trentino — durch welche kein  
österreichisches Lebensinteresse verletzt würde —  
durch *dynastische* Genugtuungen in dem neu zu  
schaffenden *Polen* einen Gegenwert zu bieten.

Wie zu erwarten, finden die Vorschläge des  
Papstes bei den Westmächten zunächst überwie-  
gende Ablehnung. *Der psychologische Augenblick  
für einen Ausgleichsfrieden ist in der Tat noch  
nicht gekommen*. Für die nächsten Wochen stehen  
militärische Entwicklungen bevor, von denen sich  
Frankreich und England grossen Erfolg verspre-  
chen. Erst die Enttäuschung ihrer Illusionen wird  
sie um ein Weniges dem Frieden geneigter machen.  
Freilich wird ihnen die Hoffnung auf die *ameri-*

kanische Hilfe bleiben und so wie England in den ersten beiden Kriegsjahren schon deshalb nichts vom Frieden wissen wollte, um zunächst einmal die Bewahrung seiner neu geschaffenen militärischen Organisation zeigen zu können, so dürfte Amerika schon aus diesem äusseren Grunde jede Friedenserörterung vor dem nächsten Sommer ablehnen. Die Hoffnung auf amerikanische Hilfe hält wieder die sonst bedenkliche Stimmung breiter französischer Schichten aufrecht. Die am 1. Februar 1917 seitens Deutschlands erfolgte Erklärung des «unbeschränkten» Unterseebootkrieges, die Amerika auf den Kriegspfad trieb, hat der Sache eines baldigen Friedens auf Erden und damit auch den deutschen Nationalinteressen furchtbar geschadet. Eine praktische Auswirkung der von der «roten» und «schwarzen» Internationale ausgehenden Friedensströmungen wird so wohl erst im Herbst 1918 möglich werden. Immerhin sind wenigstens Anknüpfungspunkte für eine Bewegung geschaffen, welche der ganz hemmungslosen Unendlichkeit des Krieges gegenüber ein Gegengewicht zu bieten vermag.

Dr. R. BRODA.

## Friedenshemmungen

von Baron F. v. WRANGEL.

Bei den Völkern der Entente-Mächte stehen zwei Vorstellungen hemmend ihrem Friedensbedürfnis im Wege: die Schuldfrage und der deutsche Militarismus. Bei den Völkern — nicht bei den Politikern.

Die Schuldfrage spielt namentlich bei den Franzosen eine grosse Rolle. Man hört immer wieder die Worte: «Die Schuldigen am grossen Verbrechen können nicht als Gleichberechtigte dastehen mit ihren Opfern». Die diesbezüglichen Ausführungen von A. Sessler in Nr. 24 der *Menschheit* sind meines Erachtens so erschöpfend, dass ich ihnen nichts zuzufügen hätte.

Auf den Militarismus legen die Anglosachsen das grössere Gewicht und empfehlen als Gegenmittel die Demokratisierung Deutschlands, richtiger gesagt die Einführung der Parlaments-Regierung. Die meisten Neutralen und viele Deutsche teilen diese Auffassung. Die Frage ist akut und von allgemeiner Bedeutung, deshalb sei es gestattet, meine abweichende Ansicht auszusprechen.

Ich halte den Militarismus in der Jetztzeit für eine Folge der Kriegsgefahr, nicht für deren Ursache, wie es meist geschieht. Ich leugne nicht, dass geschichtliche, soziale und verfassungsmässige Eigenheiten Deutschlands dem Militarismus günstig sind. Ich behaupte nur, dass in Deutschland ebensowenig wie in anderen europäischen Staaten die Volksvertretungen die nötigen Summen bewilligt hätten, wenn nicht die Kriegsgefahr tatsächlich bestanden hätte. Ohne Geld ist der Militarismus einer Kriegerkaste eine Gefahr für die Nachbarn. Man beseitige die Kriegsgefahr durch internationale Organisation und der Militarismus ist in seiner Wurzel getroffen. Diese Wahrheit wird bald Gemeingut geworden sein und das wesentlichste Hindernis für jede Neuerung wäre dann beseitigt — das Vorurteil der Menge.

Die Abhängigkeit der Minister von der Mehrheit der gewählten Volksvertreter ist dagegen keine Garantie für den Frieden, denn jede Versammlung von Menschen, ob gelehrte oder unwissende, lässt sich durch Wahnvorstellungen und Gefühlsregungen weit eher hinreissen als ein Einzelner. Wer diese Tatsache der Massenpsychologie noch nicht kannte, hatte in diesen Schreckensjahren reichliche Gelegenheit sie zu beobachten.

Ich sage Abhängigkeit, nicht Verantwortung. Denn die letztere ist im Recht der Interpellation gegeben. Diese Abhängigkeit der Exekutive von dem einen Faktor der Legislative hat sich im aristokratischen England mit seinen zwei wesensgleichen regierungsfähigen Parteien historisch herausgebildet. Sie wurde, wie manche andere englische Einrich-

tung, in europäischen Verfassungen der neueren Zeit nachgebildet u. z. — da die Vorbedingungen fehlten — zum Schaden der betreffenden Länder, denn die Verwaltung des Landes leidet darunter. Je zentralisierter, je sozialisierter ein Staat, um so grösser seine Rolle im Leben des Volkes, um so folgenschwerer die Desorganisation der Verwaltung. In den angelsächsischen Ländern hatte der Staat bisher verhältnismässig geringen Einfluss und sie konnten schlechte Verwaltung eher ertragen. Das hat sich aber schon mächtig verändert mit zunehmender Sozialisierung auch dieser Länder. Im zentralisierten Frankreich hat die Abhängigkeit der Ministerien von den Abstimmungen der Kammer die ehemals musterhafte Verwaltung dieses Landes in allen Gebieten verschlechtert. Das sind Tatsachen, die notorisch sind. Bei häufigen Ministerwechseln entziehen sich die berufsmässigen Beamten der Leitung und Aufsicht ihrer Vorgesetzten. Wechseln aber auch die untergeordneten, ausübenden Verwaltungsorgane, um durch Stellenschacher Stimmen zu gewinnen, so ist Unordnung die Folge.

In Deutschland liegen die Parteiverhältnisse so, dass das Zentrum die Entscheidung in Händen hätte (wie in der letzten Zeit die Iren in England). Würde das den protestantischen und antikatholischen Deutschen genehm sein und dem Lande unbedingt nützen? Dass die vorzügliche Verwaltung leiden würde durch häufigen Wechsel der oberen Behörden bald nach rechts, bald nach links, je nachdem welche Frage das verhängnisvolle Votum veranlasste, das wird wohl niemand bestreiten.

Und doch ist eine politische Demokratisierung Deutschlands unabwendbar. Wenn die Mehrheit des Volkes es will, so hat sie ja die legalen Mittel, sie zu erzwingen. Drum ist es Pflicht der deutschen Regierung, innigere Führung zu nehmen mit den Vertretern des grossen Massen, sie zur verantwortlichen Mitarbeit an den Staatsgeschäften heranzuziehen, ohne das Gefüge einer musterhaften Verwaltung den Erschütterungen häufiger Ministerkrisen auszusetzen, wie sie die Schablone der Parlamentsregierung notwendig zur Folge hat, namentlich bei stark differenzierten Parteien. Diesen Weg des Entgegenkommens scheint die deutsche Regierung zu betreten und das würde uns der Friedensmöglichkeit näher bringen, den Staatsmännern der Entente den Rückzug vom Vernichtungsprogramm erleichtern. Das ist zur Zeit m. E. die wichtigste Aufgabe der deutschen Staatskunst.

## Zum Ziel

Der Tag bricht an,  
Vorwärts die Friedensfahn'!  
Das Licht, das Licht  
Strahlend bricht  
Durch die Nacht:  
Brüder, erwacht!  
Gebt euer Alles  
Auf dem Feld der Ehre,  
Die ihr erkannt habt:  
Friede!  
Aus dem Mutterschoss der Schmerzen  
Erstand  
Lieb' und Leben neuer Herzen.  
Ende dem Wüten!  
Blut beflecktem Land  
Entsprissen Lilienblüten. —

## Die Schande

So lichterloh brennt des Krieges Graus,  
Heiss flutet ein Meer von Thränen,  
Millionen wissen nicht ein noch aus,  
Der Verzweiflung Abgründe gähnen.

Des Mords entsetzliches Schuldgewicht,  
Die Hekatomben der Brüder!  
Als Chaos, ein stumpfer Trümmerschutt, bricht  
Das halbe Europa danieder.

Wie ist der Menschheit Namen entehrt,  
Geschändet die Liebe, die reine!  
In's Bestialische ist verkehrt  
Die Vernunft! Wut herrscht, die gemeine.

## Wie lange noch?

Die Kanonen hör' ich hallen  
Dumpf vom Früh- bis Abendrot  
Meine Thränen, Thränen fallen  
Euerem Soldatentod.

Ist der Strom denn nicht zu stopfen,  
Unerhörten Wütens Qual?  
Herzen, die voll Leben klopfen.  
Schweigen, ungezählte Zahl.

Immer Wittwen nur und Waisen  
Wird ein jeder neue Tag  
Ach! mit tiefrem Weh umkreisen,  
Hunger, Elend, Mühsal, Plag'?

## Versöhnung

Es flackern irr  
Die Sterne all  
Auf unser Gewirr,  
Den Sündenfall,

Wie Kain den Abel  
Erschlug, erschlug,  
Sanftmut ist Fabel  
Und Güte Trug. —

Bringt Rosen, Rosen,  
Reseden heran,  
Den Toten, den Toten  
Sei Ehre getan!

Sie liegen im Land,  
Auf dem Meeresgrund,  
Sie schlafen im Sand,  
Sie ruhen im Sand. —

Ihr Lebenden kniet,  
Sprecht laut das Gebet,  
Das heilige Lied,  
Und fleht und fleht:

Von Land zu Land  
Ein neues Geschlecht  
Geb' Hand in Hand,  
Tu' Wahrheit und Recht!

Der Einigkeit  
Posaune erdröhnt,  
Wir leben befreit,  
Wir schaffen versöhnt.

Im August 1917. Otto VOLKART, Zürich.



## Vegetarisches Speisehaus

8, Hirschengraben - BERN - Hirschengraben, 8  
Nähe Bahnhof

Menus: Fr. 1.40; Fr. 1.20; Fr. 0.90

Diverse Speisen à la carte

—o Schmackhafte Zubereitung o—

Verantwortl. Verl. u. Buchdrucker Fr. Ruedi, Lausanne.